V-27 Soziale Medien sind für alle da - Sichere digitale Räume statt populistischer Verbote

Gremium:	KV Nürnberg-Stadt
Beschlussdatum:	11.07.2026
Tagesordnungspunkt:	V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Der politische Handlungsdruck im Umgang mit sozialen Medien wächst weltweit, denn die digitale Transformation wird das Leben zukünftiger Generationen weiterhin nachhaltig prägen. Doch einfache Antworten greifen zu kurz. Die Frage nach einem guten Aufwachsen in einer immer digitalisierteren Welt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Facetten der Herausforderung berücksichtigen muss. Das Beispiel Australiens macht dies deutlich, denn das seit Ende 2025 geltende Verbot sozialer Medien für Personen unter 16 Jahren hat die strukturellen Probleme digitaler Plattformen nicht gelöst. Circa 85 % der Jugendlichen umgehen die Sperren und positive Effekte auf die psychische Gesundheit sind bislang nicht nachweisbar. Gleichzeitig macht ein Urteil aus den USA die Tragweite des Problems deutlich. Im März 2026 sprach eine Jury in Los Angeles einer jungen Klägerin mehrere Millionen US-Dollar Schadenersatz zu. Sie befand Meta und YouTube für mitverantwortlich, da ihre Plattformen suchtähnliches Verhalten gezielt fördern. Bei uns in Europa ermittelt die EU-Kommission wegen mangelnden Kinderschutzes seit mehreren Jahren gegen Meta.

Die digitale Welt wird heute von Plattformen dominiert, deren Geschäftsmodelle auf der Maximierung der Nutzungsdauer basieren. Lange Bildschirmzeiten sind kein Zufallsprodukt, sondern gezielt gewollt: Durch den Einsatz psychologisch optimierter Algorithmen fördern Technologiekonzerne suchtähnliches Nutzungsverhalten, um Werbeeinnahmen zu steigern. Scheinbar kostenlose Dienste erweisen sich dabei als Fallen, in denen Aufmerksamkeit und persönliche Daten zur eigentlichen Währung werden. Es hat sich ein System entwickelt, in dem Nutzer*innen nicht mehr nur Konsument*innen sind, sondern selbst zur Grundlage des Geschäftsmodells werden, oft auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit. Wir beobachten derzeit eine globale Krise der psychischen Gesundheit junger Menschen und der aktuelle Stand der Forschung gibt Grund zur Annahme, dass soziale Medien hierbei einen signifikanten Einflussfaktor darstellen. Dennoch wird der Anstieg von Depressionen, Angst- und Schlafstörungen bei jungen Menschen oft nicht ausreichend berücksichtigt. Dabei können gerade in der Jugend solche mentalen und körperlichen Belastungen langfristige und schwerwiegende Folgen für das gesamte weitere Leben haben. Gleichzeitig fehlt es in der Gesellschaft an ausreichender Medienkompetenz, was insbesondere Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene, anfällig für Manipulation, Radikalisierung und politische Polarisierung macht.

Ein weiteres zentrales Problem ist, dass soziale Netzwerke derzeit Räume darstellen, in denen der Jugendschutz oft nicht ausreichend gewährleistet ist. Soziale Netzwerke müssen Orte sein, die Jugendlichen wirksamen Schutz vor missbräuchlichem Verhalten, wie beispielsweise Cybergrooming, Cybermobbing und sexualisierter digitaler Gewalt, bieten. Es sind dringend wirksame Lösungen erforderlich, die das Problem an der Wurzel packen. Benötigt wird Regulierung, die Transparenz und Verantwortung einfordert. Nur so kann ein Internet gestaltet

werden, das Mündigkeit statt Sucht fördert und für alle Nutzer*innen zu einem sicheren Ort wird.

Lösungen statt Symbolpolitik

Eine auch in Deutschland viel diskutierte Maßnahme ist die Einführung eines altersbezogenen Nutzungsverbots für soziale Medien, um Kinder und Jugendliche bis zu einem bestimmten Alter vor den Risiken digitaler Plattformen zu schützen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt populistische Verbote sozialer Medien für Kinder und Jugendliche entschieden ab. Ein pauschales Verbot greift hier zu kurz, da es die tatsächlichen Gefahren im digitalen Raum, die insbesondere von Erwachsenen und Unternehmen ausgehen, nicht angemessen adressiert. Statt reaktiver Verbote braucht es daher proaktives Handeln mit umfassender und altersgerechten Medienbildung für alle Generationen sowie klare Schutzmechanismen auf den Plattformen selbst.

In der aktuellen Debatte zeigt sich eine gefährliche Verantwortungsverschiebung. Anstatt die strukturellen Ursachen zu bekämpfen, wird die Last auf Einzelne abgewälzt. Doch der Kern des Problems liegt in den Geschäftsmodellen der Plattformen und muss dort auch politisch angegangen werden. Unternehmen optimieren ihre Dienste gezielt darauf, die Nutzungszeit zu maximieren, um ihre Werbeeinnahmen zu steigern. Dabei nehmen sie die negativen Folgen für die psychische Gesundheit, auch von Kindern und Jugendlichen, billigend in Kauf. Besonders am Beispiel Australiens wird deutlich: Ein Verbot löst nicht das zugrunde liegende Problem. Es führt vielmehr dazu, dass die Verantwortung individualisiert und ins Private verschoben wird, während die eigentlichen Ursachen unangetastet bleiben. Wir GRÜNE fordern daher wirksame Regulierung der Tech-Konzerne statt der Verlagerung eines systemischen Problems in den privaten Raum.

Zudem würde ein pauschales Nutzungsverbot für soziale Medien junge Menschen aus dem öffentlichen Diskurs ausschließen. Soziale Medien sind für Jugendliche längst mehr als Unterhaltungsplattformen: Sie sind politische Orte, Sprachrohre und zentrale Räume für gesellschaftliche Teilhabe. Bewegungen wie Fridays for Future zeigen, wie junge Menschen über digitale Netzwerke Debatten prägen, Protest organisieren und Themen auf die Agenda setzen, die sonst keinen Raum fänden. Gerade für marginalisierte Gruppen, etwa LGBTQI+-Jugendliche, sind soziale Medien oft der einzige Zugang zu Safe-Spaces, Communitys und Informationen, die ihnen im privaten oder schulischen Umfeld verwehrt bleiben.

Soziale Medien sind zentrale demokratische Infrastruktur unserer Gesellschaft. Kinder und Jugendliche haben nicht nur Schutzbedürfnisse, sondern auch Rechte: das Recht auf Meinungs und Informationsfreiheit sowie auf den Zugang zu Medien, wie sie in der UN Kinderrechtskonvention, insbesondere in Artikel 12 und 13, verankert sind. Ein pauschales Nutzungsverbot für soziale Medien würde diese Rechte massiv einschränken und die Entwicklung digitaler Kompetenzen behindern. Solche pauschalen Verbote stellen einen Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention dar, insbesondere gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung und den Zugang zu Medien. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonen daher: Jugendliche brauchen wirksamen Schutz, aber keine Ausgrenzung aus digitalen Räumen. Pauschale Social-Media Einschränkungen entmündigen Kinder und Jugendliche und verhindern letztlich digitale Teilhabe sowie den Aufbau von Medienkompetenz.

Ein Verbot hätte zudem den Nachteil, dass Kinder und Jugendliche in noch weniger regulierte Bereiche des Internets abgedrängt würden. Sie würden beispielsweise auf kleine, unkontrollierte Plattformen ausweichen, die weder Transparenz noch Schutzstandards bieten, oder durch falsche Altersangaben vollen, unkontrollierten Zugriff auf Inhalte der großen Plattformen erhalten. Dort wären sie genauso anfällig für Manipulation, Radikalisierung und Sucht. Darüber hinaus erschwert ein künstliches Herauszögern des Kontakts mit der digitalen Welt in zentralen Phasen der Sozialisation den Erwerb grundlegender Medienkompetenz. Eine solche Maßnahme löst die Herausforderung also nicht, sondern verschiebt sie lediglich in die Zukunft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht sich daher klar gegen ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche aus. Die Problematik liegt in den Algorithmen und Geschäftsmodellen der großen Plattformen und wird durch diese Maßnahme nicht gelöst.

Social Media regulieren

Der wirksamste und dauerhaft tragfähigste Weg für die Regulierung großer Plattformen führt über die europäische Ebene. Digitale Plattformen agieren global und entziehen sich damit weitgehend nationalstaatlicher Regulierung. Einzelne Staaten stoßen hier schnell an ihre Grenzen. Nationale Ergänzungen oder Sonderwege sind angesichts der europaweit vollharmonisierten und vorrangigen Regelungen des Digital Services Act (DSA) im Bereich der Plattformregulierung grundsätzlich nicht zulässig und laufen ins Leere. Wer dennoch auf nationale Maßnahmen setzt, ignoriert den europäischen Rechtsrahmen und betreibt populistische Symbolpolitik ohne praktische Wirkung. Nur durch ein koordiniertes Vorgehen innerhalb der Europäischen Union lassen sich verbindliche Regeln durchsetzen, die für alle großen Plattformen gleichermaßen gelten. Mit dem DSA hat die Europäische Union hierfür einen wichtigen ersten Schritt unternommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass der DSA konsequent umgesetzt wird. Für eine effektive Durchsetzung müssen die zuständigen Behörden mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden. Gleichzeitig muss der bestehende Rechtsrahmen dort weiterentwickelt werden, wo sich Lücken zeigen.

Aktuell sehen die AGB der meisten Plattformen zwar ein Mindestalter für die Nutzung vor, doch eine wirksame Altersverifikation wird nicht umgesetzt. Existierende Lösungen basieren oft auf Selbstangabe des Alters oder unzuverlässigen Gesichts-Scans. Dabei stehen insbesondere gesichtserkennungsbasierte Ansätze in der Kritik, Diskriminierung zu reproduzieren. Technische Lösungen, etwa eine EU-weite digitale Wallet oder tokenbasierte Systeme, könnten das Alter verifizieren, ohne die Identität der Nutzer*innen preiszugeben, doch solche Ansätze stecken noch in den Kinderschuhen und werfen weiterhin Fragen zum Datenschutz und zur Umgehbarkeit auf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher, dass Plattformen verpflichtet werden, anonyme und diskriminierungsfreie Alterschecks einzuführen, etwa durch die Nutzung der EU-ID oder unabhängiger Drittanbieter. Diese müssen datensparsam gestaltet sein, sodass sie weder das übermäßige Sammeln von Daten ermöglichen, noch die Anonymität der Nutzer*innen einschränken.

Digitale Plattformen sind nicht neutral gestaltet. Ihre Funktionen folgen wirtschaftlichen Interessen und zielen meist darauf ab, die Nutzungsdauer und

die Wiederkehrrate zu maximieren. Endlos-Scrolling, automatische Wiedergabe, Push-Mitteilungen und öffentliche Like-Zähler sind daher keine bloßen Komfortfunktionen, sondern Elemente eines Designs, das problematische Nutzungsmuster fördert. Minderjährige sind diesen Mechanismen in besonderem Maße ausgesetzt und deshalb besonders schutzbedürftig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert deshalb verbindliche, altersgerechte und sichere digitale Räume für Kinder und Jugendliche. Dazu gehören strenge Voreinstellungen für Minderjährige, ein konsequenter Schutz vor schädlichen und suchtverstärkenden Funktionen sowie klare, nach Altersgruppen abgestufte Regeln, die der wachsenden Selbstständigkeit junger Menschen Rechnung tragen. Personalisierte Werbung auf Basis von Profiling, die sich explizit an ein minderjähriges Publikum richtet, lehnen wir entschieden ab. Plattformen sollen verpflichtet werden, standardmäßig nicht-manipulative und konfigurierbare Oberflächen bereitzustellen. Dazu gehören insbesondere die Deaktivierung von Autoplay-Funktionen, die Begrenzung von Push-Mitteilungen sowie das Ausblenden öffentlicher Like- und Vergleichsmetriken. Darüber hinaus müssen soziale Medien grundsätzlich auch ohne personalisierte algorithmische Empfehlungssysteme nutzbar sein. Plattformen sollen verpflichtet werden, dafür leicht auffindbare und verständliche Wahlmöglichkeiten bereitzustellen; für Minderjährige muss eine nicht-personalisierte Nutzung standardmäßig voreingestellt sein. Ergänzend sollen Plattformen altersgerechte und datensparsame Werkzeuge bereitstellen, mit denen Eltern oder Erziehungsberechtigte Schutzfunktionen aktivieren können, ohne die Privatsphäre und Selbstständigkeit von Jugendlichen unverhältnismäßig einzuschränken.

Die Funktionsweise algorithmischer Systeme darf kein intransparenter Machtbereich privater Konzerne bleiben, wenn diese maßgeblich beeinflussen, welche Inhalte Sichtbarkeit erhalten und wie sich öffentlicher Diskurs formt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert daher eine wirksame demokratische Kontrolle großer Plattformen. Dazu gehört, dass ihre Systeme gegenüber unabhängigen Aufsichtsstellen und qualifizierten Forschenden prüffähig offengelegt werden. Erforderlich sind Auditierbarkeit, ein gesicherter Zugang zu relevanten Daten sowie verpflichtende Risikoanalysen und Folgenabschätzungen, insbesondere mit Blick auf den Schutz von Minderjährigen, die Verbreitung manipulativer Inhalte und die Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen dürfen nicht folgenlos bleiben. Bei wiederholten oder systematischen Verstößen müssen empfindliche Sanktionen möglich sein, insbesondere hohe Bußgelder und weitergehende aufsichtsrechtliche Maßnahmen bis hin zu befristeten Einschränkungen einzelner Funktionen oder Dienste. Zugleich braucht es starke Rechte für die Zivilgesellschaft. Kollektive Klagemöglichkeiten für Verbände sind durch die EU-Verbandsklage-Richtlinie bereits grundlegend verankert. Um diese Durchsetzung zu stärken, fordern wir eine Ausweitung auf alle relevanten Verstöße, zum Beispiel gegen den DSA, insbesondere mit Blick auf Jugendschutz und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Regulierung sozialer Medien muss dem Ziel dienen, digitale Räume sicherer, demokratischer und menschenfreundlicher zu gestalten. Kinder und Jugendliche brauchen Schutz vor Ausbeutung, Manipulation und suchtförderndem Design, zugleich aber auch Räume für Information, Austausch und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb müssen Plattformregulierung, Kinderrechte, Datenschutz, Demokratie und Bildung zusammen gedacht werden. Verbote allein reichen dabei nicht aus. Ebenso zentral ist eine systematische Stärkung der Medienkompetenz, denn sie ist eine Voraussetzung für Prävention, Selbstschutz und demokratische

Teilhabe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert daher, Medienkompetenz verbindlich und überprüfbar in allen Schulformen zu verankern und durch qualifizierte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zu stärken.

Laut der Shell-Jugendstudie von 2024 ist auch ein Großteil der Jugendlichen der Meinung, dass der Umgang mit digitalen Medien und das Erkennen von Fake News in der Schule verpflichtend unterrichtet werden sollten. Dies muss durch außerschulische Bildungsangebote sowie gezielte Unterstützung für Eltern, Erzieher*innen und sozialpädagogische Fachkräfte ergänzt werden, damit Kinder und Jugendliche im Umgang mit digitalen Medien wirksam begleitet werden können. Auch Plattformen müssen hierbei stärker in die Verantwortung genommen werden. Wenn wir Kinder, Jugendliche und ihre Bezugspersonen mit hochspezialisierten, gewinnorientierten Plattformen alleinlassen, verlagern wir die Verantwortung für ein strukturelles Problem auf das Individuum. Nur durch das Zusammenspiel von Regulierung, Bildung und gesellschaftlicher Unterstützung kann ein digitaler Raum entstehen, der Mündigkeit stärkt, Teilhabe ermöglicht und wirksam schützt.

Einfache Sprache

Soziale Medien verändern das Leben von jungen Menschen. Sie bieten viele Möglichkeiten. Aber sie können auch krank machen. Die Politik muss jetzt handeln. Aber einfache Verbote sind keine gute Lösung. Wir brauchen bessere Regeln für die großen Plattformen.

Die großen Plattformen wie Meta oder YouTube verdienen Geld mit Werbung. Sie verdienen umso mehr, je länger die Menschen auf den Plattformen bleiben. Deshalb sind die Plattformen so gebaut, dass man gar nicht mehr aufhören kann zu scrollen. Experten sagen: Das Verhalten wird damit ähnlich wie eine Sucht.

Das hat Folgen für die Gesundheit. Viele junge Menschen haben heute Depressionen, Angst oder Schlafprobleme. Die Forschung zeigt: Soziale Medien spielen dabei eine Rolle. In den USA hat ein Gericht entschieden: Meta und YouTube müssen einer jungen Frau Millionen von Dollar zahlen. Die Plattformen haben absichtlich suchartiges Verhalten gefördert. Die EU ermittelt auch seit Jahren gegen Meta, wegen zu wenig Schutz für Kinder.

Es gibt noch weitere Gefahren im Internet:

- Cybermobbing: Menschen werden online beleidigt oder fertig gemacht.
- Cybergrooming: Erwachsene bauen online Kontakt zu Kindern auf, um sie zu missbrauchen.
- Sexualisierte Gewalt: Menschen werden online sexuell belästigt.
- Manipulation und Fake News: Viele Menschen können falsche Informationen nicht erkennen.
- Radikalisierung: Manche Menschen werden online in die falsche Richtung gezogen.

Es wird oft diskutiert: Sollen Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren soziale Medien ganz verboten bekommen? BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen: Nein zu einem Verbot.

Das sieht man am Beispiel Australien: Dort gilt seit Ende 2025 ein Verbot für Jugendliche unter 16 Jahren. Das hat nicht geholfen. Ungefähr 85 von 100 Jugendlichen machen trotzdem weiter. Und gesünder sind sie auch nicht geworden.

Warum ist ein Verbot keine gute Lösung?

1. Das eigentliche Problem bleibt. Das Problem sind die Geschäftsmodelle der Plattformen. Die Plattformen wollen, dass Menschen lange online bleiben. Ein Verbot ändert daran nichts. Die Plattformen können einfach weiter machen wie vorher.

2. Kinder und Jugendliche werden bestraft für ein Problem, das andere machen. Die Gefahr geht vor allem von Erwachsenen und Unternehmen aus – nicht von den Jugendlichen. Ein Verbot schiebt die Schuld auf die Jugendlichen und ihre Eltern. Das ist unfair.

3. Junge Menschen haben Rechte. Es gibt ein wichtiges Abkommen der Vereinten Nationen: die UN-Kinderrechtskonvention. Dort steht: Kinder haben das Recht, ihre Meinung zu sagen. Sie haben das Recht auf Informationen und Zugang zu Medien. Ein Verbot verletzt diese Rechte.

4. Soziale Medien sind wichtig für die Teilhabe. Für Jugendliche sind soziale Medien mehr als nur Unterhaltung. Dort reden sie über Politik. Dort organisieren sie Protest. Ein Beispiel ist Fridays for Future. Diese Bewegung wurde groß durch soziale Medien. Manche Jugendliche finden dort auch den einzigen sicheren Ort, wo sie zu sich selbst sein können. Zum Beispiel junge LGBTIQ+-Menschen.

5. Jugendliche würden einfach woanders hingehen. Mit einem Verbot nutzen Jugendliche kleinere und unkontrollierte Plattformen. Oder sie lügen über ihr Alter. Dann sind sie noch schlechter geschützt als vorher.

6. Jugendliche lernen den Umgang mit Medien später. Wenn Jugendliche erst später ins Internet dürfen, lernen sie später, wie man damit umgeht. Man muss Medien aber üben, um sicher damit zu werden. Ein Verbot schiebt das Problem nur in die Zukunft.

Was schlagen wir stattdessen vor?

Regulierung auf europäischer Ebene: Die großen Plattformen arbeiten weltweit. Ein einzelnes Land wie Deutschland kann sie schwer kontrollieren. Deshalb brauchen wir Regeln in ganz Europa. In der EU gibt es schon ein wichtiges Gesetz: den Digital Services Act, kurz DSA. Dieses Gesetz muss konsequent umgesetzt werden. Die Behörden brauchen dafür genug Personal und genug Geld. Viele Plattformen schreiben vor, dass man mindestens 14 Jahre alt sein muss. Aber sie prüfen nicht wirklich, wie alt jemand ist. Man kann einfach ein falsches Alter angeben. Wir fordern: Plattformen müssen das Alter sicher prüfen. Aber ohne Gesichts-Scans. Diese können Menschen falsch einschätzen und benachteiligen. Und ohne zu viele Daten zu sammeln. Das Alter muss geprüft werden, aber die Identität soll geheim bleiben.

Sichere Einstellungen für Jugendliche: Plattformen sind so gebaut, dass man lange bleibt. Beispiele:

- Endlos-Scrollen: Es gibt kein Ende. Man scrollt immer weiter.
- Autoplay: Das nächste Video startet von selbst.
- Push-Nachrichten: Das Handy piepst ständig, damit man wieder hinguckt.
- Like-Zähler: Alle sehen, wie viele Likes jemand hat. Das führt zu Druck und Vergleich.

Für Jugendliche soll das anders sein. Wir fordern:

- Autoplay wird standardmäßig ausgeschaltet.
- Weniger Push-Nachrichten.
- Like-Zähler werden ausgeblendet.
- Jugendliche sollen auch ohne personalisierte Vorschläge nutzen können. Das heißt: Die Plattform zeigt nicht nur, was der Algorithmus für dich aussucht.
- Es gibt sichere Einstellungen, die Eltern für ihre Kinder einschalten können.

Keine personalisierte Werbung für Jugendliche: Werbung, die auf Kinder und Jugendliche zugeschnitten ist, lehnen wir ab. Die Plattformen sammeln dafür zu viele Daten über junge Menschen.

Kontrolle und Strafen: Die Algorithmen der Plattformen sind geheim. Niemand weiß genau, wie sie entscheiden, was man zu sehen bekommt. Wir fordern: Unabhängige Prüfer und Forscher müssen die Systeme anschauen dürfen. Wenn Plattformen sich nicht an die Regeln halten, müssen sie bestraft werden: mit hohen Geldstrafen oder mit Verboten von einzelnen Funktionen. Auch Verbände sollen klagen können. Das nennt man Verbandsklage. Sie hilft, die Rechte von Jugendlichen durchzusetzen.
Medienkompetenz in der Schule Regeln allein reichen nicht.

Kinder und Jugendliche müssen lernen, mit Medien umzugehen. Das nennt man Medienkompetenz. Wer Medienkompetenz hat, kann:

- Fake News erkennen
- sich selbst schützen
- mitreden in der Demokratie

Wir fordern: Medienkompetenz muss Pflicht in allen Schulen werden. Auch Lehrkräfte müssen dafür gut ausgebildet werden.
Laut einer großen Jugendstudie von 2024 wollen das die meisten Jugendlichen selbst: Sie wollen in der Schule lernen, wie man mit digitalen Medien umgeht und Fake News erkennt. Auch Eltern und Erzieherinnen und Erzieher sollen

Unterstützung bekommen. Und auch die Plattformen müssen Verantwortung übernehmen.

Begründung

Siehe Antrag. Die restliche Begründung erfolgt mündlich.

Kernforderungen

- Ablehnung pauschaler Social-Media-Verbote für Kinder/Jugendliche
- Strikte Regulierung der Tech-Konzerne (DSA, Transparenz, Sanktionen)
- Anonyme, diskriminierungsfreie Altersverifikation
- Sichere, altersgerechte digitale Räume (keine Suchtmechanismen, keine personalisierte Werbung für Minderjährige)
- Verbindliche Medienkompetenz in Schulen + außerschulische Bildung
- Demokratische Teilhabe bewahren (keine Ausgrenzung aus digitalen Räumen)

Quellen und weiterführende Informationen:

- Studie zu den Effekten des Social-Media-Verbots in Australien
- Shell-Jugendstudie 2024
- Die WHO zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
- Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe
- Stellungnahme des Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention
- Rechtliche Einschätzung des Leibniz-Institut für Medienforschung
- OECD zum Leben von Kindern im digitalen Zeitalter
- Deutsches Kinderhilfswerk zu Social-Media-Verboten
- Handlungsempfehlungen der Expertenkommission
- Die Zeit zu den Ermittlungen der EU-Kommission
- Interface zu Altersgrenzen in der EU
- K.G.M. v. Meta et al.